J. W. TITTA UND DER DEUTSCHE VOLKSRAT FÜR BÖHMEN

Von Erich Schmied

Der Zusammenbruch des vormärzlichen Regierungssystems im Jahre 1848 brachte in Österreich neben dem Sieg liberaler Ideen und dem Drang nach politischer Freiheit auch den Kampf der verschiedenen Nationalitäten um ihre Selbständigkeit. In Böhmen wuchs das Nationalbewußtsein der Tschechen, und es entwickelten sich deutschfeindliche Tendenzen. Die Deutschen wurden in eine Abwehrstellung gedrängt, richteten ihren Blick nach Frankfurt, und viele strebten eine Eingliederung Österreichs in den Deutschen Bund an, ohne Rücksicht auf die besondere nationale Struktur Böhmens. Die Wiener Regierung fürchtete einen Zerfall des Vielvölkerstaates und versuchte daher, durch sprachliche und rechtliche Zugeständnisse die nichtdeutschen Minderheiten zu beschwichtigen. In Böhmen machte sie in banger Sorge um die Erhaltung des österreichischen Staatsgedankens dem tschechischen Nationalismus Zugeständnisse, ohne auf die Deutschen Rücksicht zu nehmen, was wiederum diese zu einer immer schärferen oppositionellen Haltung veranlaßte.

Der ultramontan gesinnte Graf Hohenwarth unternahm den ersten Versuch zu einem Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen. Er nahm zwei Tschechen in sein Kabinett auf und besprach mit den tschechischen Führern Rieger und Clam-Martinic die Grundzüge eines neuen böhmischen Staatsrechts. Dem Böhmischem Landtag, in dem die Tschechen die Mehrheit hatten, wollte er fast alle Regierungsvollmachten zubilligen. Als dieser Plan bekannt wurde, bemächtigte sich der Deutschen große Entrüstung, die schließlich zum Rücktritt des Grafen Hohenwarth führte. Unter der nachfolgenden Regierung des Fürsten Adolf Auersperg wurden die Positionen der liberalen Deutschen in Österreich gestärkt und die tschechischen Erwartungen gebremst, der von den Tschechen beherrschte Böhmischem Landtag wurde aufgelöst, und bei den Neuwahlen erhielt die Verfassungstreue Partei eine Zweidrittel-Mehrheit. 1879 folgte das Kabinett des Grafen Taaffe, der den Nichtdeutschen in Österreich wieder neue Zugeständnisse machte. Er entfernte die „verfassungstreuen“ Beamten aus den Ministerien, ersetzte sie durch Tschechen oder Polen und gab den Grundsatz der ausschließlichen Geltung der deutschen Sprache als „innere Dienstsprache“ der Staatsbehörden auf. Durch sein Kabinett, das er als „Versöhnungsministerium“ bezeichnete, wurde der Nationalitätenstreit weiter verschärft. 1883 wurde der Böhmischem Landtag wieder aufgelöst. Die nächsten Wahlen brachten eine tschechische Mehrheit. Jetzt arbeiteten die Deutschen auf eine Zweiteilung des Landes hin. 1884 stellte Prof. Herbst, der Führer der Deutschliberalen, den Antrag auf Einführung einer administrativen Zweiteilung Böhmens. Der Antrag wurde von der tschechischen Mehrheit abgelehnt. 1886 brachten die Deutschen den Antrag ein, eine Abgrenzung der Bezirke nach nationalen Gesichtspunkten

durchzuführen. Auch dieser Antrag wurde von der tschechischen Mehrheit des Landtags abgelehnt. Daraufhin verließen die Deutschen den Böhmisches Landtag. Trotz ihrer Bedrängnis waren die deutschen Parteien zersplittert und diskutierten lebhafter ihre Parteiprogramme als die deutschen Interessen. Aufgeschreckt aus der Behaglichkeit ihres vertrauten Besitzstandes, konnten sie sich zu keiner Verständigung durchringen und verharrten in der Defensive, während die Tschechen konsequent und in nationalen Fragen bis in die marxistischen Kreise hinein geschlossen um nationale und staatsrechtliche Konzeptionen kämpften. Die österreichische Regierung betrieb in ihrer Ratlosigkeit eine planlose, unberechenbare Schaukelpolitik.

Der politische Aufstieg der Tschechen und ihre bevölkerungspolitische Expansionskraft auf der einen Seite und die Lauheit und Uneinigkeit im deutschen Lager wirkten sich für die Deutschen in Böhmen verhängnisvoll aus. Rein deutsche Orte erhielten tschechische Minderheiten, Orte an der Sprachgrenze verloren ihre deutsche Mehrheit, und viele Grundstücke und Wirtschaftsunternehmungen gingen aus deutschen Händen in tschechische über. In vielen deutschen und vor allem in den gemischtsprachigen Gemeinden spielte sich ein erbitterter Kleinkrieg ab.

Vor diesem Hintergrund ist Dr. Titta und sein Lebenswerk zu sehen. Er war seinerzeit eine der Hauptgestalten im Kräftefeld zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen, zwar kein politischer Staatsmann, aber ein Mann, dessen politischer Einfluß den manchen Berufspolitikern weit übertraf.

Josef Wenzel Titta wurde am 24. Januar 1863 in Prosmik als Sohn eines Elbeschiffers geboren. Er besuchte das Gymnasium in Leitmeritz und studierte ab 1881 Medizin an der (deutschen) Karl-Ferdinands-Universität in Prag. Am 21. Januar 1889 wurde er dort zum Dr. med. promoviert. Schon als Student bekundete er, der an der Sprachgrenze aufgewachsen war, großes Interesse für den Nationalitätenkampf in Böhmen und beteiligte sich lebhaft an der Arbeit um die Erhaltung des deutschen Volkstums. Bereits mit 20 Jahren trat er öffentlich hervor: Im Jahre 1883 hielt er an einem Festabend zum zwanzigjährigen Bestand des Deutschen Turnvereins in Leitmeritz unmitttelbar nach dem Bürgermeister Dr. Funke die Festrede. Am 9. August 1884 sprach er anlässlich der Einweihung eines Denkmals für Kaiser Josef II. in Leitmeritz im Namen der Prager Burschenschaft Teutonia, bei der er aktives Mitglied war, und der Wiener akademischen Burschenschaft Albia beim Festkommers¹. Er wies schon damals auf den Nationalitätenkampf an der Sprachgrenze und auf die Notwendigkeit hin, „das Weitergreifen des Slawentums“ zu bremsen.

Der Obmann der deutschliberalen Partei Dr. Schmeykal², der damals der bedeutendste Politiker der Deutschen in Böhmen war, sah in Dr. Titta einen Mann, der gerade an der Sprachgrenze gebraucht werde, wo das Deutschtum und der deutsche Besitzstand besonders bedroht waren. Es gelang ihm, den jungen Arzt dazu zu bewegen, sich in dem Sprachgrenzort Trebnitz als praktischer Arzt niederzulassen.

¹ Leitmeritzer Zeitung Nr. 63 v. 13. 8. 1884, 855.

² Dr. Schmeykal (1826—94), seit 1861 Abgeordneter des Böh. Landtags, 25 Jahre lang Mitglied des Landesauschusses, Stellvertreter des Oberstlandmarschalls, 1867 Minister in Wien. Über Schmeykal siehe: Weber, Ottokar in: Sudetendeutsche Lebensbilder. Hrsg. v. Erich Gierach. Bd. 3. Reichenberg 1934, 310.

Trebnitz war im Jahre 1800 noch eine überwiegend deutsche Stadt mit deutscher Verwaltung gewesen. Als um die Mitte des 19. Jahrhunderts das tschechische Nationalbewußtsein erwachte und Tschechen zunehmend in das deutsche Sprachgebiet vordrangen, bekam Trebnitz wie viele andere deutsche Gemeinden an der Sprachgrenze eine tschechische Mehrheit. Von der schwachen, slawenfreundlichen Politik der österreichischen Regierung hatten die Deutschen keine Hilfe zu erwarten. Die nationalen Verhältnisse in Trebnitz verschlechterten sich sehr schnell zuungunsten der Deutschen, als im Jahre 1867 der tschechische Arzt Dr. Wenzel Pařík³ aus der Jitschiner Gegend nach Trebnitz kam und dort die Stelle eines Stadtarztes antrat. Er wurde noch im gleichen Jahr Führer der Tschechen in der Gemeindevertretung. Er hielt deutschfeindliche Reden und Vorträge, organisierte tschechische Kulturveranstaltungen und Ausflüge und gründete 1871 die Občanská Beseda sowie mehrere andere tschechische Vereine und Organisationen. 1871 gelang es ihm durchzusetzen, daß die Trebnitzer utraquistische Volksschule in eine tschechische und eine deutsche Schule geteilt wurde. Für die Tschechen wurde eine Bürgerschule errichtet. Er bemühte sich auch sehr erfolgreich um die Erweiterung des tschechischen Schulwesens in den umliegenden Dörfern an der Sprachgrenze und schuf ein tschechisches Laientheater. 1871 legte er gemeinsam mit dem tschechischen Lehrer Křenek eine kleine Sammlung von historischen Gegenständen an, aus der sich 1883 das tschechische Stadtmuseum entwickelte. Die alten Funde sollten beweisen, daß die ganze Umgebung von Trebnitz schon von alters her von Slawen bewohnt gewesen sei, und damit — wie eine tschechische Druckschrift von Wondrák betonte — „die Tschechen in ihrem nationalen Selbstbewußtsein stärken“. 1874 wirkte Dr. Pařík an der Gründung einer tschechischen Bürgerlichen Sparkasse mit, die den Tschechen beim Erwerb deutschen Besitzes Darlehen unter sehr günstigen Bedingungen gewährte. Wenn deutsche Bauern in den Dörfern an der Sprachgrenze in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerieten, traten alsbald tschechische Käufer auf, die mit Unterstützung ihrer Sparkasse die besten Preise zahlten. Auch eine tschechische Baugenossenschaft wurde gegründet.

Auf Grund der neuen österreichischen Sprachenverordnungen⁴ wurde im Jahre 1880 beim Bürgermeisteramt Trebnitz die tschechische Amtssprache eingeführt. Im gleichen Jahr richteten die an der Sprachgrenze liegenden Gemeinden Trebnitz, Chodolitz, Kolloletsch und Opolau an das Bischöfliche Konsistorium in Leitmeritz das Ansuchen, zu bewilligen, daß die Matriken und anderen Kirchenbücher, die bisher in deutscher Sprache geführt worden waren, künftig in tschechischer Sprache geführt und auch die Auszüge in Tschechisch ausgestellt würden. Das Konsistorium reichte die Sache zur Erledigung an die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Leitmeritz weiter. Diese ordnete am 24. März 1880 an, daß die Matriken und anderen kirchlichen Dokumente in der Sprache zu schreiben seien, die in der betreffenden Ge-

³ Pařík (1839—1901), siehe: Ottův Slovník Naučný. Bd. 19 (1902), 225. — Tesař, J. R. in: Věstník musejního spolku v Litoměřicích [Jahrbuch des Museumsvereins in Leitmeritz] 4 (1932) 12. — Sedláček, A.: Děje Třebenic [Geschichte von Trebnitz]. Trebnitz, 83.

⁴ Verordnung für Böhmen vom 19. 4. 1880 (Stremayr).

meinde vorherrschte. Damit war entschieden, daß nun auch den Deutschen in diesen Gemeinden tschechische Urkunden auszustellen waren ⁵.

1884 wurde Dr. Pařík Bürgermeister von Trebnitz. Daneben übte er seinen Beruf als Orts- bzw. Distriktsarzt aus.

Im Jahre 1900 hatte Trebnitz schon 1150 tschechische (67 %) und nur mehr 572 deutsche (33 %) Einwohner.

Als Dr. Titta im Jahre 1889 nach Trebnitz kam, entstanden zwischen den beiden Ärzten bald nationale Spannungen ⁶. Der 26jährige Titta, der voller Initiativen war, beantwortete die nationalen Aktivitäten seines tschechischen Kollegen mit parallelen deutschen Aktionen. Am 27. Oktober 1889 gründete er den „Deutschen Verein Germania für Trebnitz und Umgebung“, einen der ersten deutschen Schutzvereine, der vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet einen Kampf gegen das vordringende Tschechentum führte. Ein Jahr später gründete er in Trebnitz die Deutsche Spar- und Vorschußkasse, die den Zweck hatte, dem wirtschaftlichen Druck, der von tschechischer Seite ausging, zu begegnen und die Deutschen an der Sprachgrenze von den tschechischen Banken unabhängig zu machen. Eine deutsche Gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft sollte den Deutschen Wohnungen schaffen und eine Deutsche landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaft sollte den Landwirten dienen. Es wurden eine Ortsgruppe des Bundes der Deutschen in Böhmen und 1890 ein deutscher Turnverein gegründet. Der Bund der Deutschen übernahm die Betreuung einer deutschen Waisensiedlung in Trebnitz. Die deutsche Feuerwehr, der deutsche Militär-Veteranen-Verein und der deutsche Gesangsverein wurden belebt. 1892 wurde ein „Deutsches Haus“ eröffnet, das fortan für die Mitglieder der „Germania“ und die übrigen deutschen Vereine in Trebnitz und Umgebung einen kulturellen Sammel- und Mittelpunkt bildete.

Große Aufmerksamkeit widmete Dr. Titta dem deutschen Schulwesen. Es wurde ein deutscher Kindergarten, eine deutsche allgemeine gewerbliche Fortbildungsschule, eine deutsche landwirtschaftliche Fortbildungsschule und eine deutsche Haushaltungsschule errichtet. Im Jahre 1897 gelang ihm die Errichtung einer deutschen Privat-Knaben-Bürgerschule. Sie wurde zunächst vom Verein Germania betreut. Später erschien es ihm zweckmäßig, das Schicksal der Schule nicht mit der angefeindeten Germania zu verbinden. Er gründete deshalb 1899 einen „Schulerhaltungsverein“, der diese Schule, den deutschen Kindergarten und mehrere deutsche Schulen in der Umgebung betreute. Die finanziellen Mittel hierfür wurden meist durch Spenden von Einzelpersonen, von Organisationen oder deutschböhmischen Gemeinden aufgebracht.

Dr. Titta gründete in Trebnitz eine Filiale der deutsch-evangelischen Kirchengemeinde, deren Erhaltung und Wachstum ihm sehr am Herzen lag. Für sie ließ er eine deutsch-evangelische Christuskirche errichten, die zu Pfingsten 1902 eingeweiht wurde.

⁵ Das k. k. Reichsgericht hat später entschieden, daß niemand ein Recht habe, die Eintragung in die Matrikenbücher und Auszüge in einer bestimmten, von der Sprache der Matrik verschiedenen Sprache zu erlangen (Entscheidung Nr. 1985 v. 15. 1. 1913).

⁶ Vgl. W o n d r á k, Eduard: Dva lékaři na hranici dvou národností [Zwei Ärzte an der Grenze zweier Nationalitäten]. Praktický lékař [Der praktische Arzt] 44 (1964) 10.

Große Anstrengungen machte er, um den Deutschen Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen, sie damit im Orte zu halten und sie davor zu bewahren, in die Abhängigkeit tschechischer Unternehmer zu geraten. So kaufte er zum Beispiel über den Verein Germania eine alte Bierbrauerei auf, wo er eine kleine Fabrik für Obstverwertung einrichten ließ. Darin fanden einige Deutsche Arbeit und Brot. Der Erfolg dieser Fabrik regte Dr. Pařík an, über tschechische Banken ein hohes Aktienkapital zu besorgen und 1895 eine tschechische Fabrik für Obstverwertung zu errichten, mit der er dem deutschen Unternehmen Konkurrenz machte und die deutschen Arbeiter abzuwerben versuchte.

Durch die beharrliche nationale Kleinarbeit Dr. Tittas und seiner Mitarbeiter wurde das Vordringen der Tschechen in Trebnitz und Umgebung allmählich gestoppt. Die Erfahrungen, die Dr. Titta bei seiner erfolgreichen Volkstumsarbeit in Trebnitz und Umgebung sammelte⁷, brachten ihn auf den Gedanken, eine große deutsche Schutzorganisation zu gründen⁸, die die Vertreter aller deutschen politischen Parteien, aller deutschen Schutzvereine, der deutschen Städte und Bezirke und der wichtigsten deutschen Wirtschafts- und Kulturkörperschaften zu gemeinsamer Arbeit vereinigen und in Form einer freien Organisation auf überparteilicher Grundlage die deutschböhmisches Interessen wahrnehmen sollte. Der Gedanke fand viel Anklang beim Bund der Deutschen in Böhmen, bei den deutschen Schutzvereinen und den politischen Parteien. So kam es im Jahre 1903 in Trebnitz zur Gründung des „Deutschen Volksrates für Böhmen“. Die erste Vollversammlung fand am 26. Juni 1904 in Prag statt. Der Deutsche Volksrat, der keine ausgesprochen politischen Tendenzen verfolgen sollte und seiner Natur nach ein nationaler Schutzverein mit defensivem Charakter war, sollte nach seinen Statuten „alle Angelegenheiten, die das Volksinteresse der Deutschen in Böhmen berühren, in den Kreis seiner Beratung ziehen“. Die Organisation sollte Maßnahmen zur Wahrung des deutschen Besitzstands treffen. Es sollte nach Möglichkeit verhindert werden, daß Grundstücke, Gebäude, Geschäfte und Konzessionen aus deutschen in tschechische Hände übergangen; es sollte für geeigneten deutschen Nachwuchs im öffentlichen Dienst, besonders im Staatsdienst, gesorgt und die Entwicklung des deutschen Handels und Gewerbes gefördert werden. Besondere Vorkommnisse, die zu Lasten der Deutschen gingen, sollten über den Deutschen Volksrat den Abgeordneten und Behörden zur Kenntnis gebracht werden. Das Arbeitsfeld des Deutschen Volksrats war nicht scharf umgrenzt, es war groß und vielseitig und wuchs von Jahr zu Jahr. Die innerdeutsche Parteipolitik sollte ausgeklammert bleiben. Aber in wachsendem Maße befaßte sich der Deutsche Volksrat auch mit politischen Fragen. Die

⁷ Titta, Josef: Berichte über den nationalen Kampf an der Trebnitzer Sprachgrenze (1899—1912). Trebnitz.

⁸ Schon auf einer Tagung aller deutschböhmisches Schutzvereine 1894 in Prag war der Plan entstanden, eine Zentralstelle zu schaffen, in der die einzelnen Schutzverbände sich zu gemeinsamer, wirkungsvollerer Zusammenarbeit zusammenfinden könnten; der Plan wurde aber nicht verwirklicht. Erst 1908 wurde auf einem Schutzvereinstag in Wien eine „Hauptstelle“ geschaffen, in der alle Schutzvereine Österreichs und auch die in verschiedenen Ländern inzwischen entstandenen Deutschen Volksräte zusammengefaßt waren. Es zeigte sich jedoch, daß eine länderweise organisierte Schutzarbeit wirkungsvoller war.

Schutzvereine, die sich als unpolitische Vereine nach dem Vereinsgesetz von 1867 keinen politischen Fragen widmen durften, betrachteten den Deutschen Volksrat als eine Organisation, in der sie wohl vertreten waren, die aber nicht über ihnen, sondern neben ihnen stand.

Bei der Gründung des Deutschen Volksrats wurde Hofrat Dr. Josef Virgil Grohmann⁹ zum Vorsitzenden gewählt. Als dieser einige Wochen später infolge Krankheit ausschied, übernahm Dr. Titta den Vorsitz, den er volle 15 Jahre bis zur Auflösung des Deutschen Volksrats innehatte. Er war eine selbstlose und lautere Persönlichkeit, dem auch seine Gegner Achtung zollten. Er ließ sich nicht von alldeutschem Extremismus und antisemitischen Strömungen mitreißen. Er war für ein friedliches Nebeneinander der beiden Nationen, aber gegen eine Majorisierung durch die Tschechen. Mit Sorge verfolgte er das allmähliche Vorrücken der Tschechen über die bisherigen Sprachgrenzen hinaus und hielt es daher für notwendig, daß die Deutschen alle parteipolitischen Gegensätze zurückstellten und aus ihrer nationalen Lethargie erwachten, um sich gegen die Verletzung ihrer Interessen zu wehren. Seine Devise war: „Deutsche in Böhmen! Seid einig in der Abwehr der nationalen Gefahr!“ Er hatte nicht das Bestreben, in die Politik einzusteigen. Als ihm Ministerpräsident Bienert einen Ministerposten anbot, lehnte er ab. Er hielt nicht viel von den parteipolitisch ausgerichteten Parlamentariern, die ihre Zeit und Kraft zum Teil in Parteifehden verzettelten, sondern meinte, in überparteilicher nationaler Kleinarbeit viel mehr für das deutsche Volkstum tun zu können. Er hat aber dennoch in der Landespolitik und in der österreichischen Innenpolitik eine bedeutende Rolle gespielt.

Die Hauptkanzlei des Deutschen Volksrats wurde in Trebnitz errichtet und blieb dort fast bis zum Ende. Filialkanzleien gab es in Prag und Wien. In den Bezirken und Gemeinden entstanden Bezirks- und Ortsräte. Sekretär und Geschäftsführer der Hauptkanzlei war der hauptberuflich angestellte Robert Ehrlich. Die übrigen dort Beschäftigten waren fast durchwegs ehrenamtliche Helfer, zum Teil häufig wechselnde Prager deutsche Studenten. Die Errichtung der Hauptkanzlei am Wohnsitz Tittas erleichterte zwar dem Vorsitzenden, der seinen ärztlichen Beruf ernst nahm und nie aufgab, die Arbeit, war aber dem Deutschen Volksrat nicht förderlich. Denn Trebnitz war ein entlegenes kleines Städtchen, nur mit einer Kleinbahn erreichbar. Den Mitgliedern des Deutschen Volksrats, den Abgeordneten und Petenten kostete es Zeit, Geld und Mühe, in Trebnitz vorzusprechen. Der umfangreiche Brief- und Telefonverkehr war erschwert und die Tatsache, daß Trebnitz eine tschechische Bevölkerungsmehrheit hatte, war für eine deutsche Zentralstelle solcher Art auch nicht gerade günstig.

Die knappen finanziellen Mittel für den Deutschen Volksrat stammten überwiegend aus Zuwendungen von Einzelpersonen, Organisationen und Gemeinden. Im Jahre 1911 wurde zur Sicherung der finanziellen Grundlagen der „Deutsche Wehrschatz für Böhmen“ gegründet.

Die Zusammensetzung des Deutschen Volksrats war weder nach Art noch Mit-

⁹ Grohmann (1831—1919), 1863—66 Abgeordneter des Böhm. Landtags, bis 1869 Schulerreferent beim Landesschulrat in Prag.

gliederzahl klar umgrenzt. Vertreten waren mehrere politische Parteien, die deutschen Schutzvereine (Bund der Deutschen in Böhmen, Schulverein, Schulerhaltungsverein, Böhmerwaldbund u. a.), die großen deutschen Standes- und Berufsorganisationen des Landes und zahlreiche deutsche Bezirke und Gemeinden, vor allem solche, die dem Deutschen Volksrat größere finanzielle Zuwendungen machten. Es gab keine Geschäftsordnung und keinen aus mehreren Personen bestehenden Vorstand oder geschäftsführenden Ausschuß. Titta war grundsätzlich gegen jede Art von „Vereinsmeierei“ und Bürokratie. Aber bei der stark wechselnden Zusammensetzung der Mitgliederversammlung war eine Beschlußfassung erschwert, manchmal durch Zufallsmehrheiten bestimmt. Man kann daher den Deutschen Volksrat gewiß nicht als repräsentative Vertretung des deutschböhmisches Volkes und seine Beschlüsse nicht als Meinungsäußerungen der Mehrheit des Volkes werten.

Das Verhältnis des Deutschen Volksrats zu den deutschen politischen Parteien war differenziert. Titta bemühte sich, den Deutschen Volksrat als überparteiliche Dachorganisation arbeiten zu lassen, aber in einzelnen politischen Fragen drang doch der Standpunkt der einen oder anderen Partei durch und verstimmte die anderen. Auch befürchteten die Berufspolitiker immer wieder eine Störung ihres persönlichen oder parteipolitischen Einflusses durch den Volksrat.

Als die Gründung des Deutschen Volksrats erwogen wurde, fand unter dem Vorsitz Tittas in Wien eine Sitzung zahlreicher Vertreter der deutschen politischen Parteien statt. Anwesend waren Vertreter der Deutschen Fortschrittspartei, der Deutschen Volkspartei, bäuerliche Vertreter der späteren Agrarpartei, Vertreter der Alldeutschen Partei und der Deutsch-Radikalen Partei. Sie waren sich grundsätzlich einig bezüglich der Gründung und der Ziele des Deutschen Volksrats. Die Sozialdemokraten, die bei den Wahlen 1911 immerhin 41 % aller deutschen Stimmen erreicht hatten¹⁰, hielten sich fern, obwohl Titta und seine Mitarbeiter jahrelang versuchten, sie zur Mitarbeit zu gewinnen. Sie standen auf dem Standpunkt, daß nur Personen, die auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt waren, als Vertreter des deutschen Volkes auftreten und anerkannt werden könnten. Die 1904 gebildete nichtmarxistische Deutsche Arbeiterpartei, deren Obmann Hans Knirsch (1877—1933) war, arbeitete zeitweise gut mit dem Deutschen Volksrat zusammen. Ein Volksratsbeschluß, der einen Abgeordneten der deutschen Agrarpartei betraf, bewog die Parteigenossen, fortan den Sitzungen des Deutschen Volksrats fernzubleiben. Schwierig war die Überwindung der Parteigegegensätze zwischen den Schönererianern und den Christlichsozialen. Die Alldeutschen traten aus dem Deutschen Volksrat aus, als die Christlichsozialen eintraten. Unterschiedliche Meinungen zwischen dem Deutschen Volksrat und der Deutsch-Radikalen Partei in der Frage der Abgrenzung der deutschen Gebiete Böhmens veranlaßten auch die Abgeordneten dieser Partei, den Sitzungen des Deutschen Volksrates fernzubleiben. Der deutschradikale Abgeordnete Raphael Pacher¹¹ bemängelte, daß zum Beispiel in Beamten-

¹⁰ Österr. Statistik NF 7/1 (1912) 10.

¹¹ S. Erinnerungen Pachers bei Bachmann, Harald: Der deutsche Volksrat für Böhmen und die deutschböhmisches Parteipolitik. ZfO 14/2 (1965) 275. — Bachmann, Harald: Raphael Pacher und die deutschradikale Bewegung in den Sudetenländern. BohJb 5 (1964) 447.

angelegenheiten sich der Deutsche Volksrat manchmal „unnötigerweise“ einer Sache angenommen habe, „da ja die Abgeordneten mit dem Deutschen Staatsbeamtenverein und den örtlichen Beamtenorganisationen in engster Fühlung standen“. Mißhelligkeiten und Verbitterungen zwischen den Abgeordneten und dem Deutschen Volksrat wurden nach Pacher zuweilen dadurch herbeigeführt, „daß der Deutsche Volksrat bald die große Politik interessanter fand als die kleine nationale Arbeit, sich in die Politik einzumengen begann, den Abgeordneten sogar die Taktik vorschreiben wollte und, wenn er nicht Gehör fand, sich unzufrieden äußerte und Unzufriedenheit im Lande säte“.

Harte Worte gegenüber einem Mann wie Titta, der, von tiefem Verantwortungsbewußtsein getragen, uneigennützig und ehrlich bemüht war, das Beste für die Deutschböhmen zu tun und den Parteihader und Gruppenegoismus der Abgeordneten zu überwinden! Aber Tausende haben dankbar die Arbeit gewürdigt, die vom Deutschen Volksrat in mühseliger Kleinarbeit geleistet wurde. Manches Haus, mancher Hof, manches Unternehmen ist durch Einschaltung des Deutschen Volksrats dem Deutschtum erhalten geblieben, manche Gemeinde an der Sprachgrenze hat ihre deutsche Mehrheit erhalten können, und mancher Deutsche im gemischt-sprachigen Gebiet hatte es nur dem vom Deutschen Volksrat geförderten deutschen Schulwesen zu verdanken, daß er eine gediegene deutsche Ausbildung erhielt. Auch auf dem Gebiete des Fürsorgewesens hat der Deutsche Volksrat die Arbeit der deutschen Schutzvereine wirksam ergänzt. Mit großem Erfolg hat er Widerstand geleistet gegen die Tschechisierung der Ämter. Bis in die obersten Zentralstellen machte sich sein Einfluß bemerkbar.

In hohem Maße beschäftigten den Deutschen Volksrat die mit der Sprachenfrage zusammenhängenden Probleme. Das Staatsgrundgesetz von 1867¹² hatte bestimmt: „Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt.“ Auf diesem Gesetze beruhte die Stremayr'sche Sprachenverordnung vom 19. April 1880, welche die Zweisprachigkeit auch in den geschlossenen deutschen Gebieten Böhmens anbahnte. Durch die Badenische Sprachenverordnung vom 5. April 1897¹³ wurde die tschechische Sprache im inneren Dienst eingeführt. Alle Beamten wurden verpflichtet, ab 1. Juli 1901 die Kenntnis beider Landessprachen in Wort und Schrift nachzuweisen. Alle Ämter und Gerichte wurden verpflichtet, jede Eingabe in ihrer Landessprache zu erledigen und mit jeder Partei in ihrer Landessprache zu verhandeln. Im Gerichtsverfahren sollte die Landessprache des Klägers maßgebend sein, so daß zum Beispiel ein Tscheche aus Tabor, der gegen einen Deutschen in Reichenberg klagte, Anspruch auf eine tschechische Verhandlung in Reichenberg hatte. Die Verordnung erschien den Deutschen unannehmbar und rief unter ihnen — gleichgültig, ob es sich um Liberale

¹² Art. 19 Abs. 2 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. 12. 1867, RGBI Nr. 142. Durch Min.Erl. v. 22. 7. 1871 wurde die Sprachenfrage für polit. Behörden und durch Verordnung v. 19. 4. 1880 für Justiz- und polit. Behörden geregelt.

¹³ Molisch, Paul: Zur Geschichte der Badenischen Sprachenverordnungen v. 5. und 22. 4. 1897. Wien 1923. — Sutter, Berthold: Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897 (Veröffentl. der Kommission f. neuere Geschichte Österreichs 46).

oder Deutschnationale handelte — Erregung hervor, mit der weder die Regierung noch der Kaiser gerechnet hatten. Daran scheiterte das Kabinett Badeni noch im gleichen Jahr. Die Tschechen waren enttäuscht, und es kam zu schweren deutschfeindlichen Ausschreitungen in Prag. Badenis Nachfolger Freiherr von Gautsch erließ am 24. Februar 1898 eine neue Sprachenverordnung, die eine Teilung Böhmens in einsprachige und sprachlich gemischte Amtsbezirke verfügte. Damit wurde zwar ein geschlossenes deutsches Sprachgebiet grundsätzlich anerkannt, aber doch an dem Grundsatz festgehalten, daß jede Eingabe in ganz Böhmen in ihrer Landessprache zu erledigen war. Nach vergeblichen Bemühungen des Grafen Franz Thun-Hohenstein, ein Sprachengesetz zu schaffen, das beiden Nationen annehmbar erschien, hob sein Nachfolger Manfred Graf Clary-Aldringen am 14. Oktober 1899 auch die Gautschsche Sprachenverordnung auf. Das führte zu einem Sturm der Tschechen gegen die Regierung, die zwei Monate später zurücktrat. Am 7. Mai 1900 legte Ministerpräsident von Koerber dem Reichsrat einen Sprachgesetzentwurf vor, der die Aufteilung Böhmens in 80 rein deutsche, 111 einsprachig tschechische und 24 doppelsprachige Bezirke vorsah. Der Entwurf fand bei den Tschechen scharfe Ablehnung. Mit ihrer Obstruktion machten sie den Reichsrat aktionsunfähig, so daß er im September 1900 aufgelöst werden mußte. Auch die Deutschen lehnten den Entwurf ab. Unter dem Eindruck des Entwurfs kam es bei den Neuwahlen im Februar 1901 zu einem unerwarteten Wahlerfolg der Alldeutschen, doch führte bald darauf der Streit zwischen K. H. Wolf und Schönerer zu einer Spaltung in die Deutsch-Radikale Partei und die Schönererianer. Auch die zähen Versuche des Barons von Beck (1905—1907), zu einer Regelung der Sprachenfrage und einem nationalen Ausgleich in Böhmen zu kommen, schlugen fehl. Seit der Regierung Badeni waren alle wichtigen Zentralbehörden mit Tschechen besetzt und durchgesetzt. Unter den mehr als 1000 Beamten der böhmischen Landesverwaltung befanden sich im Jahre 1905 nur 20 Deutsche¹⁴. Die formelle Aufhebung der Sprachenverordnungen änderte nicht viel an den tatsächlichen Verhältnissen; die Tschechen im inneren Dienst blieben auch in deutschen Angelegenheiten bei der tschechischen Sprache und weigerten sich, ein geschlossenes deutsches Sprachgebiet anzuerkennen. Die Deutschen verlangten von der Wiener Regierung und von den deutschen Abgeordneten Abhilfe und suchten Schutz bei ihren Abgeordneten, beim Deutschen Volksrat und beim Deutschen Staatsbeamtenverein. Man hielt Protestversammlungen ab, zu denen die deutschen Abgeordneten eingeladen wurden. Von ihnen erwartete man ein aktives Einschreiten und Auskunft darüber, was sie bisher in der Sprachenfrage unternommen hätten. Auch aus den Reihen der Mitglieder des Deutschen Volksrats kamen Klagen über die angebliche Lauheit der deutschen Abgeordneten. Diese waren verärgert über die „Kontrolle“ ihrer Tätigkeit und die Deutsch-Radikalen sprachen 1911 sogar von den „Unverantwortlichen von Trebnitz“.

Auch der Deutsche Volksrat wußte in der Sprachenfrage keine Patentlösung. Er verlangte für die deutschen Bezirke die deutsche Amtssprache und die Verwendung nur deutscher Beamten, fand damit aber bei der Regierung kein Gehör und bei den Tschechen heftigen Widerspruch. Als vorläufigen Ausweg empfahl der Deutsche

¹⁴ Bachmann, Harald: Adolf Bachmann. München 1962, 86.

Volksrat — sehr zum Unwillen der Schönererianer — den jungen Deutschböhmen immer wieder nachdrücklich, die tschechische Sprache zu erlernen. Er ging dabei von der richtigen Erkenntnis aus, daß bei den sprachlichen Verhältnissen in Böhmen und den wechselnden Sprachenverordnungen auf alle Fälle die Kenntnis der tschechischen Sprache von großem Nutzen sei, zumal viele Tschechen über ausgezeichnete Deutschkenntnisse verfügten und deshalb zum Beispiel in Beamtenstellen eine ernste Konkurrenz bildeten.

Eng mit der Sprachenfrage verknüpft war die Frage der nationalen Abgrenzung in Böhmen. Seitdem der Führer der Liberalen, Professor Herbst, im Jahre 1884 im Böhmischem Landtag eine Zweiteilung Böhmens nach nationalen Gesichtspunkten verlangt hatte, ist jedenfalls bei den Deutschen die Diskussion um eine Abgrenzung der Sprachgebiete und die davon erwartete gesetzliche Sicherung der nationalen Interessen nicht mehr verstummt.

Es bildeten sich im wesentlichen zwei Richtungen aus. Die eine wollte eine gesetzliche Trennung zwischen dem deutschen und tschechischen Sprachgebiet in Böhmen ohne Zerstörung der Landeseinheit. Zum Teil verlangte man auch eigene Landtage für den deutschen und den tschechischen Teil. Problematisch dabei waren die gemischtsprachigen Bezirke und die Sprachinseln. Die andere Richtung begnügte sich mit der Forderung nach einer administrativen Teilung des ganzen geschlossenen Verwaltungsgebiets, mit einer dezentralisierten Kreis- und Bezirkseinteilung, die sprachlich einheitliche Gebiete mit deutscher Behörden- und Umgangssprache festlegte, und mit einer Sektionierung der Landesbehörden (z. B. Zweiteilung des Landesausschusses) und Einführung nationaler Kurien für den Landtag.

Die Tschechen waren weder an einer territorialen Abgrenzung noch an einer administrativen Sektionierung interessiert. Die Jungtschechen traten sogar für eine weitere Zentralisierung ein. Die tschechischen Parteien forderten beharrlich die Anerkennung des Böhmisches Staatsrechts und der Zweisprachigkeit ganz Böhmens. Die Deutschnationalen waren für eine nationale Zweiteilung in Böhmen. Die Liberalen waren grundsätzlich nicht dagegen, hatten aber Bedenken wegen der deutschen Minderheiten vor allem in Prag, Pilsen und Budweis. Die deutsche Volkspartei verband die Forderung nach Zweiteilung sehr realistisch mit der Forderung nach einer nationalen Abgrenzung der Wahlbezirke; sie hatte damit insofern Erfolg, als die Wahlkreiseinteilung von 1907 diesem Gedanken entgegenkam. Sie wurde später als ein gesetzlicher Ansatzpunkt für die Errichtung einer selbständigen Provinz Deutschböhmen angesehen.

Im Deutschen Volksrat waren beide Richtungen vertreten. Die Mitglieder aus dem geschlossenen deutschen Sprachgebiet waren für eine nationale Zweiteilung Böhmens. Als Sprecher dieser Gruppe trat Dr. Ringelhan, Magistratsdirektor in Reichenberg, in den Vordergrund, weshalb diese Gruppe auch als „Reichenberger“ bezeichnet wurde. Sie arbeitete 1912 eine Gesetzesvorlage aus, welche die Errichtung einer selbständigen Provinz Deutschböhmen und die Bildung eines eigenen deutschböhmisches Landtags vorsah. Zur zweiten Richtung, die nur eine administrative Teilung anstrebte, gehörten vor allem die Vertreter der Deutschen Fortschrittspartei und die Mitglieder, die aus dem gemischtsprachigen Gebiet, aus Prag, Pilsen, Budweis und den kleinen Sprachinseln kamen.

Dr. Titta, der in Trebnitz, einer überwiegend tschechischen Stadt an der Sprachgrenze, lebte, lehnte eine territoriale Abgrenzung ab, aber er wagte es nicht, mit den „Sprachinsulanern“ gegen die große Anzahl von Mitgliedern aus dem geschlossenen deutschen Sprachgebiet Front zu machen und nahm daher eine Vermittlerrolle ein. Er war bereit, an der Vorlage für eine Bezirkseinteilung mitzuwirken, die deutsche und tschechische Gebiete trennte, bemühte sich aber, den deutschen Minderheiten eine Sonderstellung zu sichern. Er trat dafür ein, daß Prag bei einer Teilung Böhmens in einen deutschen und einen tschechischen Teil Landeshauptstadt für beide Teile bliebe, und gründete darauf seine Forderung, daß den dort lebenden Deutschen Sonderrechte eingeräumt werden müßten. Titta war Vorsitzender eines „Unterausschusses zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs betr. die Bezirksabgrenzung“¹⁵, in dem er mit Dr. Franz Bayer (Bürgermeister von Reichenberg), mehreren Abgeordneten und anderen Mitarbeitern den Entwurf eines Gesetzes zur Bezirksabgrenzung (administrative Teilung) und zur Regelung des Sprachgebrauchs bei den staatlichen Behörden ausarbeitete. Auch andere Gesetzentwürfe, die Grundlagen für die Ausgleichsverhandlungen bilden sollten oder bildeten, wurden mit viel Eifer ausgearbeitet¹⁶. Der Deutsche Volksrat setzte sich dabei auch die Aufgabe, die deutschen Ortschaften, die zu tschechischen Gemeinden, und die tschechischen Ortschaften, die zu deutschen Gemeinden gehörten, herauszufinden und die sprachlich verschiedenen Teile eines Bezirks festzustellen, damit die gemischtsprachigen Bezirke nach sprachlichen Gesichtspunkten neu gestaltet werden könnten. Die Gesetzentwürfe v. Koerbers vom 8. Mai 1900 und v. Bienert's (der im Reichsrat am 3. Februar 1909 vorgelegt wurde), die eine territoriale Teilung Böhmens in ein deutsches, ein tschechisches und ein gemischtsprachiges Gebiet vorsahen, lehnte Titta ab. Im Jahre 1912 arbeitete der Deutsche Volksrat unter Federführung des Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Dr. Roller¹⁷ eine Gesetzesvorlage zur Abgrenzung der Sprachgebiete aus¹⁸, der aber auch kein Erfolg beschieden war und die den Tschechen nicht einmal Anlaß zu ernsthaften Verhandlungen gab.

Die Abgrenzungs- und Ausgleichsverhandlungen haben im Reichsratswahlgesetz vom 26. Januar 1907 (RGBl Nr. 17) einen Niederschlag gefunden. Für die Wahl in das Abgeordnetenhaus wurden in Böhmen 55 deutsche und 75 tschechische Wahlbezirke gebildet. Die deutschen Gemeinden wurden ungeachtet ihrer Bezirkszugehörigkeit in deutsche, die tschechischen in tschechische Wahlbezirke einbezogen. Auf diesen Grundlagen hatte der Deutsche Volksrat mehrere Gesetzesvorlagen aufgebaut. Es war ein sehr umfangreiches, statistisch gut belegtes Material, das er den deutschen Abgeordneten für die Ausgleichsverhandlungen lieferte. Aber die Verhandlungen stockten, und in der deutschen Bevölkerung machten sich zunehmend Unruhe und Unwille breit.

¹⁵ Der deutsche Zweiteilungsausschuß. Verlag des Deutschen Volksrats. Trebnitz 1909.

¹⁶ B a c h m a n n : Der deutsche Volksrat 1965, 285.

¹⁷ Dr. Julius Roller, später Staatssekretär der Übergangsregierung Deutschösterreichs 1918/19.

¹⁸ M o l i s c h , Paul: Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich. Jena 1926, 220.

Im April 1913 gab die Regierung die langjährigen, schleppenden Ausgleichsverhandlungen als hoffnungslos auf. Die böhmische Landesverfassung wurde sistiert. Der Oberstlandmarschall und die Mitglieder des Landesausschusses legten ihre Ämter nieder. Der Kaiser hob am 26. Juli 1913 den Landesauschuß auf und setzte eine Landesverwaltungskommission ein. Sie bestand aus Beamten unter dem Vorsitz des tschechophilen Grafen von Schönborn mit einem tschechischen Finanzreferenten. Die Maßnahme rief in der deutschen Bevölkerung große Erregung hervor, weil sie fürchtete, daß nun die nationale Abgrenzung nicht mehr durchgesetzt werden könne. Die zersplitterten deutschen Parteien waren sich einig in ihrer Unzufriedenheit, und es kam zu zahlreichen Protestversammlungen der deutschen Parteien und des Deutschen Volksrats. Schließlich beschlossen die deutschen Abgeordneten, eine Versammlung von deutschen Vertrauensmännern aus ganz Böhmen (einschließlich der Sprachinseln) für den 17. August 1913 nach Komotau einzuberufen, in der gegen die Einsetzung der Landesverwaltungskommission und die damit verbundene Zurückweisung der deutschen Forderung nach einer nationalen Zweiteilung Böhmens Stellung genommen und die weitere Taktik der deutschen Abgeordneten beschlossen werden sollten. Jeder Wahlbezirk mit mindestens einem deutschen Abgeordneten sollte vier Vertrauensmänner stellen; die deutschen Minderheiten in den tschechischen Wahlbezirken sollten je zwei Vertrauensmänner stellen. Alle Vertrauensmänner sollten in Wahlversammlungen ermittelt und ernannt werden. Aber aus Zeitmangel wurden schließlich die meisten Vertrauensmänner von den politischen Parteien und Organisationen bestellt. Der Deutsche Volksrat wandte sich gegen die Einberufung einer solchen Vertrauensmännerversammlung, weil er davon ausging, daß er die berufene Organisation und Versammlung der Vertrauensmänner der Deutschen aus Böhmen sei. Dr. Titta, der zwar in seinem Wahlbezirk zum Vertrauensmann für Komotau gewählt worden war, erschien dort und protestierte im Namen des Deutschen Volksrats gegen die neue Organisation und gegen die Wahl und Bestellung der Vertrauensmänner. In langen Verhandlungen bemühte man sich, eine Einigung zwischen den Abgeordneten und dem Deutschen Volksrat herbeizuführen¹⁹ und die Mitglieder des Deutschen Volksrats in die Vertrauensmännerversammlung einzugliedern, aber es blieb auf beiden Seiten ein Mißbehagen, das einer ersprießlichen Zusammenarbeit im Wege stand. Die Komotauer Versammlung forderte die Auflösung der Landesverwaltungskommission, die Abberufung des Statthalters Graf Franz Thun, der in den Ausgleichsverhandlungen den Tschechen immer mehr Zugeständnisse gemacht hatte und allen deutschen Zweiteilungsvorschlägen entgegengetreten war, und die Einsetzung eines neuen, national unparteilichen Statthalters.

Im Januar 1914 legte Ministerpräsident Graf Stürgkh neue Ausgleichsunterlagen vor, die aber bei den deutschböhmischen Reichsratsabgeordneten keinen Anklang fanden, „weil sie niemals der Versöhnung der Völker Böhmens dienen könnten“. Die Regierung versuchte, durch Unterredungen mit einzelnen deutschen Politikern diese für ihre Politik zu gewinnen und die Opposition gegen den Grafen Thun abzuschwächen. Graf Thun wollte über den Grafen Erwein Nostitz auch Titta

¹⁹ Zeitung Bohemia v. 27. 9. 1913 (Eine Erklärung Dr. Tittas).

und den Deutschen Volksrat „für seine Pläne gewinnen und zu einer regierungsfreundlichen Haltung bewegen“²⁰. Titta wurde deshalb von deutschen Kreisen angefeindet und wehrte sich dagegen mit folgender Erklärung²¹:

„Mein Name sowie der Name des Deutschen Volksrats für Böhmen sind in den Erörterungen über die privaten deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen wiederholt genannt worden. Ich halte eine Richtigstellung aller Einzelheiten für überflüssig und begnüge mich damit, zu erklären, daß weder die Anregung zu diesen Ausgleichsversuchen von mir stammte, noch daß ich an ihnen teilgenommen habe. Was meine Haltung betrifft, erwähne ich nur, daß ich in einer an einen maßgebenden Teilnehmer am 13. Mai gerichteten Zuschrift von der Einleitung der Verhandlungen direkt abgeraten habe. Die verschiedenen Verdächtigungen und Angriffe, mit denen man mich und den Deutschen Volksrat bedacht hat, weise ich darum mit aller Entschiedenheit zurück. Trebnitz, den 10. 2. 1915. Dr. Titta“

Die deutschen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten drängten die österreichische Regierung und den Statthalter, die mühsam vorbereiteten Verordnungen über die Zweiteilung der staatlichen und autonomen Verwaltung und über die Staatsprache fertigzustellen und herauszugeben. Als sich der von 1911—1916 amtierende österreichische Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh endlich dazu bereit erklärte oder jedenfalls diesen Eindruck erweckte, wurde er am 21. Oktober 1916 von dem Sozialisten Dr. Friedrich Adler ermordet. Seine Nachfolger v. Koerber und Graf Clam-Martinić sahen die Zweiteilung als nicht mehr besonders vordringlich an.

Am 6. Januar 1918 erhoben die Tschechen offen die Forderung nach Unabhängigkeit für die Länder der böhmischen Krone. Daraufhin gaben die deutsch-böhmischen Abgeordneten (mit Ausnahme der Sozialdemokraten) am 22. Januar 1918 im Abgeordnetenhaus eine Erklärung ab, mit der sie die Errichtung einer selbständigen Provinz Deutschböhmen innerhalb Österreichs forderten. Der Deutsche Volksrat unterstützte diese Forderung. Auf seine Veranlassung fanden in ganz Deutschböhmen Hunderte von Kundgebungen statt, in denen diese Forderung erhoben wurde. Ende Mai sprach Dr. Titta beim Ministerpräsidenten Dr. von Seidler und Innenminister Graf Toggenburg in Wien vor, um diese Forderung zu erläutern.

Nach langem Zögern erklärte sich Ministerpräsident v. Seidler bereit, mit einer neuen Kreiseinteilung eine gewisse Selbstverwaltung Deutschböhmens zu konzederen. Es sollten deutsche und tschechische Kreise mit deutschen bzw. tschechischen Bezirkshauptmannschaften geschaffen werden. Die Einteilung der Gerichtsbezirke sollte bleiben, aber die deutschen Teile der Gerichtsbezirke sollten nur deutschen und die tschechischen Teile nur tschechischen Bezirkshauptmannschaften unterstehen. Tschechische Gemeinden mit deutscher Minderheit sollten demnach den tschechischen Kreisen zufallen, deutsche Gemeinden mit tschechischer Minderheit sollten den deutschen Kreisen zufallen. Der äußere Sprachgebrauch sollte sich nach der Abgrenzung der Bezirke richten. Für die Minderheiten waren Schutzbestimmungen und für Prag Doppelsprachigkeit vorgesehen.

²⁰ Bachmann, Harald: Adolf Bachmann. München 1962, 105.

²¹ Zeitung Bohemia Nr. 42 v. 11. 2. 1915.

Die Vereinigung der deutschböhmisches Abgeordneten hielt diese Lösung für annehmbar, weil sie meinte, auf andere Weise sei die Vorstellung einer Provinz Deutschböhmen nicht durchsetzbar. Auf einer sehr lebhaft verlaufenen Sitzung des Deutschen Volksrats vom 4. Juni 1918 gab Dr. v. Lodgman die Erklärung ab, daß eine gewisse Preisgabe der deutschen Minderheiten nicht vermieden werden könne. Er fand damit heftigen Widerspruch bei den „Insulanern“, auch bei Dr. Titta, der seit Jahren in Trebnitz einen zähen Volkstumskampf führte. Titta lud seinen Ärger in der Prager Zeitung „Bohemia“ vom 9. Juni 1918 ab, wo er schrieb²², er habe viele Jahre mit Dr. v. Lodgman zusammengearbeitet; aber nun müsse er sich von ihm trennen, denn seine Anschauungen über die angebliche Notwendigkeit der Preisgabe der deutschen Minderheiten und Sprachgrenzposten schüfen eine so abgrundtiefe Spalte, daß eine Überbrückung der Kluft kaum mehr möglich sei. „Sollen nach Dr. v. Lodgmans Ansicht Trebnitz und alle anderen gemischten, der Mehrheit der Bevölkerung nach tschechischen Orte einfach preisgegeben werden?“

Dr. v. Lodgman erwiderte in der Bohemia vom 11. Juni 1918^{22b}: „Ich stelle fest, daß ich in der Volksratssitzung am 4. Juni 1918 mit keinem Wort die Preisgabe aller der Bevölkerungsmehrheit nach tschechischen Orte verlangt habe, ... mich aber gleichzeitig allerdings auch gegen die Zuteilung von Trebnitz ... zu Leitmeritz ausgesprochen habe, da diese Zuteilung dem Grundsatz der nationalen Abgrenzung in jeder Beziehung widerspricht. Die Frage Prag bildet gegenwärtig keinen Streitpunkt, weil ja die Unterstellung der Landeshauptstadt unter die Statthalterei Ihre und meine Billigung findet, wobei Sie allerdings an Prag als Landeshauptstadt festhalten, während ich als Ziel unserer Politik die Provinz im Auge habe.“

In einer Pressefehde mit Joseph Eckstein/Prag ergänzte Dr. v. Lodgman^{22b} seine Ausführungen mit der Feststellung, daß die deutschen Abgeordneten „keinen Augenblick bezweifelt haben, daß eine Provinz Deutschböhmen mit Prag als Landeshauptstadt ein Unding sei ... Die Unterstellung Prags unter die Statthalterei sei solange selbstverständlich, als Prag eben die gemeinsame Landeshauptstadt und der Sitz der Zentralstellen und deutschen Anstalten sei, während die deutsche Forderung nach Verwirklichung einer Provinz Deutschböhmen nach wie vor das — bisher leider nicht erreichbare — Ziel unserer Politik bleiben müsse.“

Dr. Titta und Prof. Dr. Zycha, Mitglied des deutschen Ortsrates in Prag, sprachen beim Ministerpräsidenten v. Seidler vor, hatten aber keinen Erfolg.

Nach einigem Zögern gab der Ministerpräsident die angefochtenen Verordnungen²³ heraus.

²² Abgedruckt bei Br ügel, J. W.: Zankapfel Deutschböhmen. BohZ 21 (1980) 378, 380.

^{22a} E b e n d a.

^{22b} E b e n d a.

²³ Verordnung des Ministers des Innern über die Kreiseinteilung in Böhmen, RGBl v. 19. 5. 1918. — Kundmachung des Ministers des Innern betr. das neue Statut der Landesverwaltungskommission des Königreichs Böhmen vom 27. 9. 1918, Landesgesetzblatt f. d. Königreich Böhmen vom 30. 9. 1918. Das Statut baute die Landesverwaltungskommission auf der Grundlage der nationalen Parität auf. Die Aufgaben sollten künftig in der Vollversammlung und in zwei Abteilungen (einer tschechischen und einer deutschen) besorgt werden. Der örtliche Wirkungskreis der Abteilungen sollte sich mit den durch die Verordnung vom 19. 5. 1918 geschaffenen Kreisen decken.

Der deutsche Volksrat fand sich in seiner Mehrheit mit den Verordnungen ab. Er hielt am 30. September 1918 unter dem Vorsitz Tittas eine Sitzung in Lobositz ab, in der die Verordnungen und insbesondere die Teilung der Landesverwaltungskommission als eine bedeutsame Neuerung für Deutschböhmen gewürdigt wurden. Es ist erstaunlich zu sehen, wie wenig damals noch mit dem Zusammenbruch der Monarchie gerechnet wurde.

Die Verordnungen bedeuteten einen ersten Schritt zu einer Selbständigkeit Deutschböhmens. Aber es war schon zu spät. Die Verordnungen sollten am 1. Januar 1919 in Kraft treten. Zu diesem Zeitpunkt war aber ganz Deutschböhmen schon von tschechischen Truppen besetzt.

Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie kam nicht unvorhersehbar; er hat sich langsam angebahnt. Die Deutschen in Böhmen hatten die Entwicklung deutlich vor Augen, aber ihre Führung hatte nicht den erforderlichen Weitblick, um die drohende Gefahr in ihrer vollen Tragweite zu erkennen. Sie haben leichtgläubig auf Recht und Gerechtigkeit vertraut und sich bis zuletzt nicht vorstellen können, daß das von den Alliierten lauthals verkündete Selbstbestimmungsrecht nur für andere Völker, aber nicht für die Deutschen gelten sollte.

Am 16. Oktober 1918 fand in Lobositz unter dem Vorsitz von Titta eine Sitzung des Deutschen Volksrats statt, in der folgende EntschlieÙung angenommen wurde:

„Der Deutsche Volksrat für Böhmen nimmt mit Genugtuung den Beschluß aller deutschen Reichsratsabgeordneten Böhmens zur Kenntnis, sich als berufene Vertreter des deutschen Volkes in Böhmen zu einer Nationalversammlung zu vereinigen und aus ihrer Mitte einen Nationalausschuß zu wählen. Der Deutsche Volksrat erwartet den sofortigen Zusammentritt dieser Nationalversammlung und erblickt ihre erste Aufgabe in der Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechts Deutschböhmens. Der Deutsche Volksrat betrachtet jedwede Verhandlung, die auch nur die Möglichkeit einer Einverleibung Deutschböhmens in den tschechischen Staat zum Gegenstand haben könnte, als Preisgabe unseres Volkstums, unserer politischen und wirtschaftlichen Zukunft. Der Deutsche Volksrat hat alle Vorkehrungen in Betracht gezogen, um jedem Versuch einer gewaltsamen Einbeziehung Deutschböhmens in einen tschechischen Staat mit Gewalt zu begegnen. Um dem deutschen Volk Böhmens Gelegenheit zu bieten, seinen entschlossenen Willen zum Ausdruck zu bringen, wird der Nationalausschuß ersucht, in kürzester Frist einen großen Volkstag einzuberufen.“

Mit pathetischen Deklamationen und einem großen Volkstag war zu diesem Zeitpunkt nichts mehr zu retten, denn der militärische und politische Zusammenbruch Österreich-Ungarns war bereits offenkundig. Dr. Titta ist mit seinem Deutschen Volksrat in dieser Situation bewußt in den Hintergrund getreten, um dem Standpunkt der Sozialdemokraten Rechnung zu tragen, die eine Vertretung des deutschen Volkes nur durch gewählte Abgeordnete dulden wollten. Er wünschte, daß auch die deutschen Sozialdemokraten in die zu schaffende Nationalversammlung eintraten. Dieses Ziel wurde allerdings nicht erreicht, weil die Sozialdemokraten nur zwei Vertreter in den Abgeordnetenentschuß entsandten, in einen Ausschuß, der niemals zusammentrat.

Am 18. Oktober verkündete Kaiser Karl I. die Umwandlung der österreichisch-ungarischen Monarchie in einen Bundesstaat, „in dem jeder Volksstamm auf seinem

Siedlungsgebiet sein staatliches Gemeinwesen bildet“. Am 21. Oktober beschlossen die deutschen Reichsratsabgeordneten Österreichs die Konstituierung eines Staates „Deutschböhmen“. Am 28. Oktober rief Dr. Rašín in Prag die Gründung der Tschechoslowakischen Republik aus.

Am gleichen Tage fand in Aussig eine Vertrauensmännertagung des Deutschen Volksrats für Böhmen statt. Da die Telefonverbindungen zwischen Prag und Deutschböhmen gestört waren, hatte man noch nichts von der Ausrufung der Tschechoslowakischen Republik erfahren. Der Vorsitzende Dr. Titta erklärte auf der Tagung, es gehe nun um die Zusammenfassung all jener Kräfte, die in einem freien Deutschböhmen zum Anschluß des deutschen Volkes an Deutschösterreich wirksam seien. Deutschböhmen verahre sich mit Entrüstung gegen den Gedanken, unter das Zwangsjoch eines tschechoslowakischen Staates gestellt zu werden. Auf der Tagung befaßte man sich sodann mit organisatorischen Fragen, mit der Sicherstellung der Ernährung, mit der Einsetzung von Ausschüssen zur nationalen Selbstverteidigung, mit der Einrichtung eines Pressedienstes, mit der Verlegung der Prager deutschen Hochschulen und mit der Lage der Staats- und Landesangestellten. Die Versammlung nahm zur Kenntnis, daß am 14. November eine deutschböhmische Nationalversammlung in Aussig zusammentreten solle, und beschloß, diesen Tag festlich zu begehen.

Rückblickend staunt man heute über die unrealistische Einschätzung der politischen Lage.

An die deutsche Nationalversammlung in Wien wurde eine Kundgebung beschlossen, in der es unter anderem hieß:

„Die Versammlung begrüßt mit Stolz und Begeisterung die nahe Freiheit Deutschösterreichs. Sie erwartet, daß die deutsche Nationalversammlung mit starkem Willen sofort die Regierung ergreift, die Ernährung und Verteidigung unseres Volkes in die Hände nimmt und zur Sicherung der endlich errungenen staatlichen Selbständigkeit als erste Aufgabe die Herstellung einer dauernden staatsrechtlichen Verbindung mit dem Deutschen Reich betrachtet.“

An den deutschen Reichskanzler Prinz Max von Baden sandte die Versammlung folgende Depesche:

„Die zur Tagung des Deutschen Volksrats für Böhmen in Aussig versammelten Vertrauensmänner aller Stände aus allen Gauen Deutschböhmens geben dem unerschütterlichen Gefühl unzerreißbarer Gemeinschaft mit allen unseren Stammesbrüdern Ausdruck und bitten den Reichskanzler, Volk und Regierung des Deutschen Reiches zu versichern, daß Deutschböhmen auf Grund seines Selbstbestimmungsrechts unbeugsam sein Schicksal mit dem des gesamten deutschen Volkes verbunden fühlt.“

Der Vorsitzende des Deutschen Volksrats: Medizinalrat Dr. Titta.“

Die Depesche wurde nicht beantwortet. Aber am 30. Oktober erschien in der „Neuen Freien Presse“ in Wien folgende Meldung aus Prag:

„Am 29. Oktober 1918 fand sich der Generalkonsul der deutschen Regierung Freiherr von Gebattel beim tschechischen Nationalausschuß in Prag ein, stellte sich dort den anwesenden Vorsitzenden des Nationalausschusses Švehla, Rašín, Soukup und Stržibný vor und beglückwünschte sie zur Errichtung des selbständigen

czecho-slowakischen Staates. Hierauf teilte er mit, daß er seiner Regierung nach Berlin einen eingehenden Bericht über den Verlauf der gestrigen Begebenheiten gesandt und insbesondere den musterhaften und würdigen Verlauf der Manifestation hervorgehoben habe, bei welcher die persönliche Sicherheit aller 40 000 Angehörigen des Deutschen Reichs in Böhmen vollkommen gewährleistet war. Schließlich sprach er den Wunsch aus, es möchten gute Beziehungen zwischen dem czecho-slowakischen Staat und dem Deutschen Reich erhalten bleiben.“

Die Zeitungsmeldung war im Kern richtig, wie sich aus dem 1983 veröffentlichten Bericht des Generalkonsuls vom 29. Oktober 1918 an den deutschen Reichskanzler²⁴ ergibt; von den Glückwünschen zur Errichtung des selbständigen tschechoslowakischen Staates ist im Bericht allerdings nicht die Rede.

Am 31. Oktober 1918 berichtete²⁵ der deutsche Generalkonsul in Prag an den deutschen Reichskanzler, daß der Deutsche Volksrat in einer Versammlung in Aussig die Bildung von Ausschüssen zur nationalen Verteidigung beschlossen und sich zugleich für den Anschluß an Deutschland ausgesprochen habe. Die Tschechen aber seien fest entschlossen, in ihren neuen Staat auch die deutschböhmisches Gebiete einzuschließen und unter keiner Bedingung die Selbständigkeit Deutschböhmens oder seinen Anschluß an Deutschland zuzulassen. Am 2. November erklärte der deutsche Generalkonsul vor dem tschechischen Nationalausschuß in Prag eigenmächtig, daß seine Regierung den tschechoslowakischen Staat anerkenne.

Am 29. Oktober 1918 verständigte der Statthalter Graf Coudenhove den Vorsitzenden des Deutschen Volksrats telefonisch von den Prager Vorfällen am Vortag und von der Ausrufung der Tschechoslowakischen Republik²⁶. Er teilt ihm auch mit, daß die Vertreter des tschechoslowakischen Nationalausschusses von ihm verlangt hätten, die Bezirkshauptmannschaften durch einen Erlaß davon zu verständigen, daß die Verwaltung an den Nationalausschuß in Prag übergegangen sei. Der Statthalter habe das abgelehnt und erklärt, daß er — falls die Übernahme der Verwaltung durch den Nationalausschuß von der Wiener Regierung genehmigt würde — um seine Enthebung ansuchen werde.

Am gleichen Tag fand in Wien die Konstituierung Deutschböhmens statt, das unter den Schutz der deutschösterreichischen Regierung gestellt wurde. Die deutschböhmisches Reichsratsabgeordneten ohne Unterschied der Partei beschlossen unter dem Vorsitz des Abgeordneten Pacher eine Verfassung und bestellten einen vorläufigen Landtag der Provinz Deutschböhmen mit dem Sitz in Reichenberg. Zum Landeshauptmann wurde der Abgeordnete Pacher, zu seinem Stellvertreter der sozialdemokratische Abgeordnete Seliger gewählt. An die Stelle Pachers trat bald darauf der Abgeordnete Dr. von Lodgman.

²⁴ Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Hrsg. v. Collegium Carolinum. Bd. 1. München 1983, 35. — Dazu Alexander, Manfred: Die erste Phase der deutsch-tschechoslowakischen diplomatischen Beziehungen 1918—19. Festschrift f. Karl Bosl. Hrsg. v. Collegium Carolinum. München 1983, 228.

²⁵ Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag I 1983, 43.

²⁶ Molisch, Paul: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung in den Jahren 1918—19. Wien 1932, 21.

Am 30. Oktober wurde Dr. Titta nach Leitmeritz gerufen, weil sich die deutschen Beamten gegen die Übergriffe der Tschechen nicht mehr zu helfen wußten²⁷. Am 1. November hielt er im Leitmeritzer Bahnhof und in der Artilleriekaserne eine Ansprache, und einige deutschböhmisches Soldaten schworen ihm feierlich, aushalten zu wollen. Als Dr. Titta nach Trebnitz zurückkehren wollte, wurde er vom Lobositzer Bürgermeister Pfannschmidt gewarnt, weil inzwischen das zum Schutze der Deutschen nach Trebnitz beorderte magyarische Militär nach Ungarn abgezogen war und die Trebnitzer Tschechen Drohungen gegen Dr. Titta ausgesprochen hatten.

Am 2. November wurde Titta nach Aussig gerufen, wo — ähnlich wie in Brüx, Komotau und anderen Städten Deutschböhmens — Plünderungen stattgefunden hatten und eine Fabrik in Brand gesteckt worden war. Er traf dort mit Dr. v. Lodgman und dem Landeshauptmann-Stellvertreter Seliger zusammen. Sie stellten fest, daß die vorhandenen Sicherheitskräfte zu schwach waren, um den Plünderungen Einhalt zu gebieten. Der deutsche Bezirksnationalrat von Aussig hatte bereits beim tschechischen Nationalausschuß in Prag angefragt, ob dieser militärische Hilfe zur Verfügung stellen könne. Seliger und Titta waren gegen diesen Schritt, weil sie in der Annahme einer militärischen Hilfe aus Prag eine Anerkennung der tschechischen Ansprüche erblickten. Seliger schlug vor, zum Schutz gegen Plünderungen eine große deutschböhmisches Volkswehr aufzubauen. Auch Dr. Titta war dieser Ansicht. Dr. v. Lodgman richtete „namens der im höchsten Ausmaß bedrohten deutschen Bevölkerung der Stadt“ einen Hilferuf an das Auswärtige Amt in Berlin. Darin hieß es, das Staatssekretariat des Krieges in Wien habe mitgeteilt, daß die deutschösterreichische Regierung in Wien außerstande sei, Hilfe zu senden. Er bitte daher um die Entsendung einer polizeilichen Sicherungstruppe. „Um auffällige internationale Schwierigkeiten möglichst zu beseitigen“, versprach v. Lodgman, „der vorläufigen tschechoslowakischen Regierung mitzuteilen, daß es sich nur um eine Sicherungsmaßnahme handle, die sofort rückgängig gemacht werde, wenn es gelingt, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.“

Der deutsche Generalkonsul von Gebstadel in Prag empfahl am 2. November dem Auswärtigen Amt in Berlin, den Hilferufen aus Wien und Aussig nicht zu entsprechen, weil das die angebahnten guten Beziehungen zur tschechoslowakischen Regierung stören würde. Am 4. November warnte er die deutsche Regierung, den Hilferufen zu entsprechen, und hielt es für geboten, die Hilfesuchenden an den Národní Výbor in Prag zu verweisen. Prag aber lehnte erneut jede militärische Hilfe ab mit der Begründung, daß man Militär nur schicken könne, wenn sich Aussig vom Staat Deutschösterreich lossage und der tschechoslowakische Staat in den von ihm beanspruchten Grenzen anerkannt werde.

Am 5. November fuhr Dr. Titta mit Dr. v. Lodgman im Auto — die Eisenbahnstrecke war in Böhmisches-Leipa von Tschechen besetzt — nach Reichenberg. Dort versammelte Titta die erreichbaren Volksratsmitglieder zu Beratungen, aber

²⁷ Die folgenden Ausführungen beruhen zum großen Teil auf den „Lebenserinnerungen Dr. Tittas“, die von seinem Neffen Dr.-Ing. Otto Kletzl im Sudetendeutschen Jahrbuch (1927) 86—100 veröffentlicht wurden.

ein Kontakt mit der deutschböhmisches Landesregierung kam nicht mehr zustande. Darauf fuhr er nach Leitmeritz und eröffnete dort die Volksratskanzlei.

Am 12. November hielt Dr. Titta im Sitzungssaal des Leitmeritzer Bürgermeistersamts eine Sitzung des Deutschen Volksrats ab, in der er darauf hinwies, daß die Organisation der Selbstverwaltung Deutschböhmens viel weiter fortgeschritten wäre, wenn die Anregungen des Deutschen Volksrats, überall Bezirks- und Ortsräte zu gründen, durchgeführt worden wären, und wenn die Sozialdemokraten, um deren Mitarbeit der Deutsche Volksrat beständig geworben habe, sich nicht ferngehalten hätten. Dann wurde die schlechte Lebensmittelversorgung erörtert und gegen das von den Tschechen verbreitete Gerücht Stellung genommen, daß diese über große Lebensmittelvorräte verfügten, die sie einem Deutschböhmen im Rahmen des tschechoslowakischen Staates zukommen lassen würden. Auch Fragen der nationalen Verteidigung Deutschböhmens wurden erörtert, aber es blieb bei einer erregten Diskussion über dieses Thema.

Am 28. November 1918 berichtete der deutsche Generalkonsul in Prag an das Auswärtige Amt in Berlin ²⁸:

„... Es fehlt an einer Zusammenfassung der deutschen Parteien. Die Uneinigkeit der Deutschen äußert sich naturgemäß nicht nur in Gegensätzen der einzelnen Parteien, sondern auch in der Presse. Die einzige Organisation, die über den Parteien steht, ist der Deutsche Volksrat. Letzterer besitzt wohl eine ausgedehnte Organisation durch Vertrauensmänner, Ortsräte und dergleichen, verfügt jedoch nicht über ausreichende Mittel, eine großzügige Agitation durchzuführen, die einen Zusammenschluß aller deutschböhmisches Parteien auf ein einheitliches Programm bewirken könnte. Ich habe den Herren, die mir das berichteten, nicht mein Erstaunen darüber verhehlt, daß die relativ sehr geringen Mittel, welche der Deutsche Volksrat benötigen würde, von einem Volke, das um seine kulturelle Existenz kämpfen will, nicht aufgebracht werden sollten. Die betreffenden Herren haben mir jedoch erwidert, daß die einzelnen Parteien wohl über Gelder verfügen, für den Volksrat, dessen Mittel aus freiwilligen Spenden fließen, jedoch kaum erhebliche Mittel aufzubringen in der Lage wären.

... Ich möchte ... ausdrücklich auch an dieser Stelle meinen Standpunkt dahin zum Ausdruck bringen, daß das hiesige Konsulat jeglicher etwa geplanter Einwirkung auf die Deutschen Böhmens fern stehen muß, und daß das Bekanntwerden irgendeiner amtlichen Verbindung mit dem Deutschen Volksrat unsere mühsam angeknüpften Beziehungen zu der tschecho-slowakischen Republik auf das empfindlichste schädigen würde.“

Inzwischen wurden immer mehr deutschböhmisches Orte oder verkehrswichtige Gebäude darin von Tschechen besetzt, ohne daß sich ernstlich Gegenwehr zeigte. Die deutschösterreichische Regierung drängte darauf, Blutvergießen zu vermeiden, weil sie der Meinung war, daß die Alliierten, die während des ganzen Krieges den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker vertreten hatten, diesen Grundsatz nach dem Kriege nicht aufgeben und nicht zulassen würden, daß deutschösterreichische Gebiete unter die Herrschaft nichtdeutscher Völker kämen.

²⁸ Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag I 1983, 104.

Dr. Titta wurde — wie andere deutschböhmisches Führer — vom tschechischen Militär gesucht. Er flüchtete am 7. Dezember nachts nach Dresden, wo am 11. Dezember auch die deutschböhmisches Landesregierung eintraf.

Inzwischen ging in Deutschböhmen alles drunter und drüber. Ein Beispiel mag das erläutern: Am 9./11. Dezember fanden in Aussig erneut Plünderungen statt. Mehrere Lagerhäuser und etwa 50 Geschäfte wurden von einer großen Menschenmenge aufgebrochen, ausgeplündert und verwüstet. Die Polizei und der Sicherheitsdienst wurden entwaffnet, in den Straßen wurde geschossen, es gab drei Tote und viele Verletzte. Die tschechische Regierung wurde erneut um militärische Hilfe ersucht. Hierauf trafen drei Kompanien tschechoslowakischer Soldaten in Aussig ein, die den Sicherheitsdienst übernahmen und 15 Plünderer verhafteten. Auf dem Rathaus wurde die tschechoslowakische Fahne gehißt. Die Stadt war damit von den Tschechen besetzt.

Ende Dezember 1918 befand sich ganz Deutschböhmen in der Gewalt der Tschechen. In der tschechischen Nationalversammlung vom 20. Dezember erklärte Ministerpräsident Kramář: „Dieser Staat wird ein tschechischer und nur ein tschechischer sein.“ Die deutschböhmisches Landesregierung in Dresden beschränkte sich darauf, Flüchtlingshilfe zu leisten und durch Denkschriften und Pressekorrespondenzen Voraussetzungen für eine günstige Entscheidung der Friedenskonferenz zu fördern.

Im Mai 1919 ließ Dr. Titta in Prag fragen, ob er ungefährdet nach Deutschböhmen zurückkehren könne. Als ihm das zugesagt wurde, fuhr er am 24. Mai 1919 mit dem Schiff von Dresden nach Lobositz zur Familie seines Schwagers. Als er in Trebnitz sondieren ließ, ob er dorthin zurückkehren könne, erfuhr er, daß man die Bahn und die Straße überwache und daß man ihn — wenn er zurückkehre — aufhängen oder erschlagen werde.

Am 14. Juni 1919 wurde er in Lobositz von der tschechischen Gendarmerie verhaftet. Vier Mann eskortierten ihn — vielbeachtet von der Bevölkerung — durch die Lobositzer Hauptstraße zum Bahnhof. Von dort wurde er nach Bauschowitz und unter dem Gejohle einer tschechischen Menge durch den Bauschowitz Kessel nach Theresienstadt gebracht. Auf den Festungswällen erwarteten ihn eine große tschechische Menschenmenge und drei Männer mit einem Strick. Sie zerrten ihn unter einen Baum und wollten ihn aufhängen. Im letzten Augenblick stürzten zwei tschechische Militärpolizisten herbei und hielten mit vorgehaltenen Pistolen die Männer zurück und brachten Dr. Titta in ein nahegelegenes Lokal der tschechischen Militärpolizei. Abends wurde er unter starker Begleitung von Militärpolizei in die Theresienstädter Infanteriekaserne in ein Offiziersarrest gebracht. Später erfuhr er, daß die beiden tschechischen Militärpolizisten, die ihn in letzter Minute gerettet hatten, ihn von Trebnitz her kannten. Der eine war ein Arbeiter aus Chodolitz, ein ehemaliger Patient von ihm, der andere sogar sein Nachbar, der in einem Häuschen hinter Dr. Tittas Garten in Trebnitz wohnte.

Am 16. Juni 1919 wurde Dr. Titta einem Militärrichter vorgeführt, der ihm erklärte, nicht recht zu wissen, warum man ihn verhaftet habe; jedenfalls liege ein telegrafischer Auftrag des Kriegsministers Klobáček vor. Am 23. Juni wurde Dr. Titta erneut vernommen und dann in das Prager Garnisonsgefängnis am Hradschin ge-

bracht. Täglich kamen dort 10 bis 20 deutsche Häftlinge neu hinzu, einmal an einem Tage sogar 50 deutsche Unteroffiziere. Am 12. Juli wurde Dr. Titta ohne Gerichtsverhandlung entlassen. Am nächsten Tag fuhr er mit dem Zug nach Lobositz und lebte zeitweise bei seinem Bruder in Prosmik. Am 12. Oktober 1919 konnte er nach Trebnitz zurückkehren, wo er seine ärztliche Praxis wieder aufnahm.

Der Deutsche Volksrat für Böhmen konnte sich nicht mehr erholen. Am 12. August 1919 hielt er noch eine Sitzung in Reichenberg ab, und es wurde der Beschluß gefaßt, den Aufgabenkreis unter den veränderten Verhältnissen zu erweitern; aber seine Tätigkeit schief allmählich ein. Dr. Titta stand in Trebnitz auf verlorenem Posten. Sein Lebenswerk war durch das unglückliche Kriegsende zerstört, er war ein gebrochener Mann. Am 9. August 1923 starb er im Brüxer Krankenhaus an einer chronischen Nierenentzündung. Die Urne mit seiner Asche wurde in der deutsch-evangelischen Kirche in Trebnitz vor dem Hochaltar beigesetzt. Auf einer Tafel darüber stand Tittas Devise: „Seid einig!“ 1945 wurde die Tafel von den Tschechen zertrümmert, die Grabstätte beseitigt und die Kirche zerstört. Aus den Ruinen schuf man später ein Museum für böhmische Granate; gegenwärtig wird der Bau renoviert.

Immer wieder, wenn die Not der Sudetendeutschen anstieg, ertönte der Ruf nach einer Vereinigung der Deutschen, nach einem „Deutschen Volksrat“ als vermeintlichem Allheilmittel. Acht Jahre nach dem Tode Dr. Tittas wurde auf einer Jahresversammlung des Deutschpolitischen Arbeitsamts in Reichenberg unter dem Vorsitz des Grafen von Ledebur-Wicheln beschlossen, einen „Sudetendeutschen Volksrat“ nach dem Muster des Tittaschen Volksrats zu gründen, der als unabhängige, überparteiliche Dachorganisation aller deutschen Parteien und Organisationen zur Wahrung der sudetendeutschen Interessen gedacht gewesen war. Dieser Volksrat wurde (ohne Sozialdemokraten) gegründet und es sollte ein Netz von Orts-, Bezirks- und Landschaftsräten als Unterbau geschaffen werden. Aber dieser Volksrat bekam keine politische Bedeutung mehr, da die politische Entwicklung andere Wege ging.

Literatur über Dr. Titta und den Deutschen Volksrat

- Bachmann, Harald: Der Deutsche Volksrat für Böhmen und die deutsch-böhmische Parteipolitik, mit einer Vorbemerkung von Peter Burian und mit den Erinnerungen Raphael Pachars aus dem Archiv der Alten Burschenschaft der Prager Teutonen zu Erlangen-Nürnberg. ZfO 14/2 (1965) 266—295.
- Benatzky, Emil: Dr. Tittas Vermächtnis „Seid einig!“ Leitmeritzer Heimatbote 4/1, 2 (1957/58); 19/7 (1967) 21.
- Berichte über den nationalen Kampf und über die nationalen Verhältnisse an der Trebnitzer Sprachgrenze (1899—1912). Hrsg. v. Dr. Titta. Trebnitz.
- Bericht über die Tätigkeit des Deutschen Schulerhaltungsvereins Trebnitz im Schuljahr 1902/03. Trebnitz 1903.
- Bohemia, Zeitung (Prag) v. 21. 1. 1923: Zur Erinnerung an Dr. Titta. Erschienen als Broschüre, Trebnitz 1923; Dr. Titta Nr. 22 v. 23. 1. 1913.
- C. U.: Dem Andenken Dr. Tittas. DARb 23 (1923) 34—37.
- Deutscher Zweiteilungsausschuß. Verlag des Deutschen Volksrats in Trebnitz. Trebnitz 1909.

- Ehrlich, Robert: Allgemeine Schutzvereinspolitik. DArb 10 (1910) 454.
- Fahrner, Adam: Ein Kampf für Deutschböhmen — Dr. Titta als Jubilar. Zeitung Bohemia (Prag) Nr. 21 v. 21. 1. 1913.
- Gierschick, Julius: Der Deutsche Volksrat für Böhmen. DArb 5 (1905/06) 272.
- Heyne, Erwin: Der nationale Kampf an der Trebnitzer Sprachgrenze in Böhmen. Zum Gedenken an Dr. J. Titta. Beiträge zur Heimatkunde des Elbetals 3 (1941) 1—8, 207—213.
- Kletzl, Otto: Aus den Lebenserinnerungen Dr. Tittas. SDJb 3 (Augsburg 1927) 86—100.
- Knirsch, Hans: Nachruf für Dr. Titta. Böhmerlandjahrbuch für Volk und Heimat (1924) 197.
- Knirsch, Hans in: SDJb 1 (1924) 124.
- Lehmann, Ernst in: Deutsches Biogr. Jahrbuch (1923) 343—348.
- Lehmann, Ernst: Dr. Josef Titta, der Volksratgründer. In: Um Glaube und Heimat 3/4 (1957) 106—108 (Schriften der Gemeinschaft evang. Sudetendeutscher). Leitmeritzer Zeitung v. 19. 1. 1923: Zum 60. Geburtstag Dr. Tittas.
- Molisch, Paul: Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich. Jena 1926.
- Molisch, Paul: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung in den Jahren 1918—1919. Wien 1932.
- Röll, Karl: Zehn Jahre Deutscher Volksrat in Böhmen. DArb 12 (1912/13) 483.
- Sedláček, August: Dějin Třebenic [Geschichte von Trebnitz]. Trebnitz.
- Titta, Josef: Dr. von Lodgman. Bohemia (Prag) v. 9. 6. 1918.
- Wesselsky, Albert: Zur Erinnerung an Dr. Titta. Trebnitz 1923.